Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung
1.	<p>Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg 19.12.2022 Herr Bastrop, 0385 588 89 161, johann.bastrop@afrlwm.mv-regierung.de 120-506-164/22, nachrichtlich: LK LUP (FD Bauordnung), WM V 510</p>	
	<p>Das Vorhaben entspricht den Programmsätzen 5.3 (1) LEP M-V sowie 6.5 (2) und 6.5 (4) der Teilfortschreibung des Kapitels 6.5 Energie RREP WM, wonach in allen Teilräumen der Anteil der Erneuerbaren Energien bei der Energieversorgung, u.a. durch Sonnenenergie, deutlich zu nehmen soll.</p> <p>[1] Gemäß Programmsatz 5.3 (9) Z LEP M-V dürfen landwirtschaftlich genutzte Flächen nur in einem Streifen von 110 m beiderseits von Autobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen für Freiflächenphotovoltaikanlagen in Anspruch genommen werden. Die geplante Freiflächenphotovoltaikanlage befindet sich gemäß den vorliegenden Unterlagen auf einer landwirtschaftlich genutzten Fläche und außerhalb des o.g. Streifens zur vorgenannten Infrastruktur. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann daher keine Vereinbarkeit mit dem Ziel der Raumordnung hergestellt werden. Den vorliegenden Unterlagen ist zu entnehmen, dass am 08.03.2022 ein Antrag auf Zielabweichung beim Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus und Arbeit M-V eingereicht wurde. Ein Nachweis über die zugelassene Abweichung von dem Ziel der Raumordnung liegt derzeit noch nicht vor.</p> <p>[2] Die betroffenen Flächen werden derzeit landwirtschaftlich genutzt. Die landwirtschaftliche Nutzung von Flächen ab der Wertzahl 50 darf nicht in andere Nutzungen umgewandelt werden (vgl. Programmsatz 4.5 (2) Z LEP M-V). Ein Nachweis über die Vereinbarkeit mit dem genannten Ziel wurde noch nicht erbracht und ist im Rahmen des Entwurfs zu führen.</p>	<p>Die Übereinstimmung der Planung mit den Zielen der Raumordnung wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>[1] Der Hinweis wird berücksichtigt. Der positive Bescheid zum Zielabweichungsverfahren (ZAV) vom 10.07.2023 wird als Nachweis über die Zulassung erbracht.</p> <p>[2] Der Hinweis wurde berücksichtigt. Die Bodenwertigkeiten innerhalb des Plangebietes wurden den Karten des Geoportals Mecklenburg-Vorpommern zu entnehmen. Innerhalb des Plangebietes weisen die meisten Flächen eine Bodenwertigkeit zwischen 29 und 39 Bodenpunkten auf. Eine Ausnahme stellt eine Teilfläche von ca. 2,2 ha Größe im Nordosten des Plangebietes dar, wo eine Bodenwertigkeit von 50 Bodenpunkten besteht.</p> <p>Die Bodenwertigkeit beträgt im Plangebiet im gewichteten Durchschnitt ca. 35,8 Bodenpunkte. Obgleich das Vorhabengebiet in einem Teilbereich über eine vergleichsweise hohe Bodenwertigkeit von 50 Bodenpunkten verfügt, ist das Einbeziehen dieser Fläche in das Vorhaben der FF-PVA Rodenwalde naheliegend. Zum einen handelt es sich um einen verhältnismäßig geringen Anteil von knapp 5% des insgesamt 45,6 ha großen Geltungsbereiches, sodass die durchschnittliche Bodenwertigkeit dennoch deutlich unterhalb der definierten Obergrenze von 40 Bodenpunkten liegt. Zum anderen ist trotz der theoretisch guten Bodenqualität eine landwirtschaftliche Nutzung aufgrund der Lage innerhalb der engeren Schutzzone (Wasserschutzzone II) des Wasserfassungsgebietes Rodenwalde nur sehr eingeschränkt möglich und eine ernährungswirtschaftliche Nutzung kaum rentabel umsetzbar (vgl. Kapitel 2.6.1). Dass Ackerböden von hoher Bodenqualität für die Verwendung von Freiflächen-Photovoltaik ausgeschlossen sind, liegt aus Sicht der Vorhabenträgerin vor allem darin begründet, dass ausreichend Flächen für eine landwirtschaftliche - im Sinne einer ernährungswirtschaftlichen - Nutzung zu Verfügung stehen müssen. Aufgrund der vorliegend jedoch per se eingeschränkten Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung, soll aus Sicht der Gemeinde Vellahn und der Vorhabenträgerin auch die in Rede</p>

Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung
	<p>[3] In der Regel handelt es sich bei der Errichtung von Photovoltaikanlagen um Zwischennutzungen für eine festgelegte Nutzungsdauer. Eine Angabe zur Betriebszeit der technischen Anlage wurde bisher nicht getroffen.</p> <p>Gemäß Programmsatz 6.5 (16) der Teilfortschreibung des Kapitels 6.5 Energie RREP WM sollen bei allen Vorhaben der Energieerzeugung, der Energieumwandlung und des Energietransportes Regelungen zum Rückbau der Anlagen bereits in der Planungsphase getroffen werden. Ob es eine vertragliche Regelung zum verpflichtenden Rückbau gibt, geht aus den vorliegenden Unterlagen bisher nicht hervor. Zwischennutzungen und deren Rücknahme sind im Rahmen raumordnerischer Verträge nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 Raumordnungsgesetz oder der Bauleitplanung zu regeln.</p> <p>[4] Das Plangebiet liegt in der Schutzzone II des Wasserschutzgebietes Rodenwalde (MV_WSG_2531_13) und in einem Vorbehaltsgebiet Trinkwassersicherung (vgl. Programmsatz 7.2 (2) LEP M-V). In diesen Gebieten sollen alle raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen, Vorhaben, Funktionen und Nutzungen so abgestimmt werden, dass diese Gebiete in ihrer besonderen Bedeutung für die Trinkwassergewinnung nicht beeinträchtigt werden.</p> <p>[5] Ferner sind für den Geltungsbereich laut der Karte M 1:250.000 des LEP M-V sowie der Karte M 1:100.000 des RREP WM folgende raumordnerischen Festlegungen getroffen: -Vorbehaltsgebiet Tourismus (vgl. 4.6 (4) LEP M-V) -Tourismuserweiterungsraum (vgl. 3.1.3 (3) RREP WM) -Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft (vgl. Programmsätze 3.1.3 (3) LEP M-V und 3.1.4 (1) RREP WM).</p> <p>Die genannten Programmsätze sind zu berücksichtigen.</p>	<p>stehende Fläche mit 50 Bodenpunkten in das Vorhaben einbezogen werden.</p> <p>[3] Die Gemeinde handelt gemäß der Hinweise für die raumordnerische Bewertung und der baurechtlichen Beurteilung Absatz 7 und wird diese Angaben zur Verfügung stellen. In den mit den Flächeneigentümern abgeschlossenen Nutzungsverträgen ist vertraglich vereinbart, dass sich die Vorhabenträgerin verpflichtet, binnen 9 Monaten nach Vertragsende die PV-Freiflächenanlage nebst allen dazugehörenden Anlagen, Zubehör etc. zu demontieren und auf ihre Kosten vollständig zu entfernen sowie den Pachtgegenstand in einen für den ursprünglichen Verwendungszweck vor Vertragsabschluss geeigneten und diesem entsprechenden Zustand zu versetzen. Die Vorhabenträgerin hat sich darüber hinaus verpflichtet, dass die nach Demontage der PV-Freiflächenanlage zur Auffüllung der Hohlräume zu nutzenden Böden mindestens der im Übrigen auf dem jeweiligen Flurstück vorhandenen Bodengüte entsprechen. Ferner ist vereinbart, dass die Vorhabenträgerin für den Rückbau der PV-Freiflächenanlage im 5. Betriebsjahr eine Sicherheitsleistung in Höhe von 10.000 € pro installierter Megawatt-Leistung in Form einer Bank- oder Konzernbürgschaft hinterlegt wird, wenn nicht die im Falle der Genehmigung erforderliche Bestellung der Rückbaubürgschaft mindestens den zuvor geschilderten Anforderungen entspricht.</p> <p>[4] Die Gemeinde stellt die von der unteren Wasserbehörde des Landkreises Ludwigslust Parchim erteilte Ausnahmegenehmigung zur Einsicht bereit. Die Ausnahmegenehmigung wurde mit Schreiben vom 06.09.2023 erteilt und gilt befristet bis 31.12.2058.</p> <p>[5] Das Plangebiet befindet sich in einem Tourismuserweiterungsraum. Innerhalb des erweiterten Untersuchungsraumes von 1.000 m für das Schutzgut befindet sich eine Gutsanlage inklusive Gutshaus am östlichen Ortsrand (BFSUD 1999). Weitere touristische Anziehungspunkte liegen außerhalb des in der Prüfung berücksichtigten Untersuchungsraumes. Demzufolge findet im unmittelbaren Eingriffsbereich keine touristische Nutzung statt.</p> <p>Die geplante Entwicklung ist mit den Zielen der Raumordnung vereinbar.</p> <p>Für die Vorbehaltsgebiete Tourismus gelten folgende Programmsätze des Landesraumentwicklungsprogramms: Absatz 4.6 Tourismuserweiterung und Tourismusräume (4) In den Vorbehaltsgebieten Tourismus soll der Sicherung der Funktion für Tourismus und Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden. Dies ist bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen, Vorhaben, Funktionen und Nutzungen und denen des Tourismus selbst besonders zu berücksichtigen.“</p>

Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung
		<p>Im Plangebiet sollen landwirtschaftliche Flächen in einer Entfernung von max. 200 m zur Straße einer neuen Nutzung als Sondergebiet Photovoltaik zugeführt werden. Es werden keine touristisch genutzten Flächen und keine für den Tourismus interessanten Flächen für die künftigen Photovoltaikanlagen umgewandelt.</p> <p>Der raumordnerische Belang „Vorbehaltsgebiet Tourismus“ wird durch die Planung nicht beeinträchtigt, da sich das Plangebiet nur in den Randbereichen des Vorbehaltsgebietes befindet. Die Randbereiche sind bereits durch die Straße visuell und akustisch negativ beeinflusst. Gemäß § 2 EEG liegen Anlagen zur Produktion von erneuerbaren Energien im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Daher sollen erneuerbare Energien als vorrangiger Belang in Schutzgüterabwägungen eingebracht werden.</p> <p>Die Errichtung und der Betrieb von Anlagen sowie den dazugehörigen Nebenanlagen liegen im überragenden öffentlichen Interesse und dienen der öffentlichen Sicherheit. Bis die Stromerzeugung im Bundesgebiet nahezu treibhausgasneutral ist, sollen die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Satz 2 gilt nicht gegenüber Belangen der Landes- und Bündnis-verteidigung. (§ 2 EEG 2023, Seite 12)</p> <p>Das Vorhaben des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 7 der Gemeinde Vellahn ist als Anlage zur Produktion von erneuerbaren Energien zu betrachten und hat damit den vorrangigen Belang gegenüber der raumordnerischen Festlegung „Vorbehaltsgebiet Tourismus“.</p> <p>Das RREP WM weist für die Teilflächen des Plangebietes ein Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft aus. In den Vorbehaltsgebieten Landwirtschaft (Landwirtschaftsräume) soll dem Erhalt und der Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsfaktoren und -stätten, auch in den vor- und nachgelagerten Bereichen, ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Dies soll bei der Abwägung mit anderen raumbedeutsamen Planungen, Maßnahmen und Vorhaben besonders berücksichtigt werden. (3.1.4 (1) RREP WM, Seite 38). Mit der Anbindung durch die Straße mittig in der geplanten Solarfläche ist eine Vorbelastung in anthropogen vorbelasteten Bereichen gegeben. Zudem erfolgt die Errichtung ortsnahe im Außenbereich. Mit der Ausweisung eines sonstigen Sondergebietes mit der Zweckbestimmung „Solarenergienutzung“ kann die Fläche auch weiterhin einer landwirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden, da zwischen bzw. unter den PV-Modultischen eine Nutzung als extensiv bewirtschaftete Weidefläche möglich ist. Das Plangebiet ist zudem nach Beendigung der PV-Nutzung wieder einer vollumfänglichen landwirtschaftlichen Nutzung zuzuführen. Dieses wird vertraglich geregelt.</p> <p>Weitere positive Aspekte einer Ausweisung als sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Solarenergienutzung“ sind die Umwandlung in extensiv bewirtschaftete Grünflächen, eine Aktivierung des Bodenlebens durch höhere mikrobiologische Aktivitäten und eine Dämpfung der Nährstoffdynamik. Gemeinsam können</p>

Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung
	<p>[6] Das Amt für Raumordnung und Landesplanung Westmecklenburg sieht aufgrund des derzeitigen Zielverstoßes zu Gunsten der Gemeinde von der Abgabe einer landesplanerischen Stellungnahme ab.</p>	<p>diese Aspekte einen positiven Regenerationseffekt auf die Flächen des Plangebietes haben. Von dieser Regeneration wird die Landwirtschaft bei einer späteren Rückführung in eine landwirtschaftliche Fläche stark profitieren.</p> <p>[6] Es wird zur Kenntnis genommen, dass derzeit von der Abgabe einer landesplanerischen Stellungnahme abgesehen wird.</p>
2.	<p>Landkreis Ludwigslust-Parchim Postfach 1263 19362 Parchim vom 22.12.2022, Organisationseinheit Fachdienst Bauordnung, Straßen- und Tiefbau Herr Ziegler, Telefon (03871) 722-6313, E-Mail carsten.ziegler@kreis-lup.de BP 220092</p>	
	<p>[1] FD 33 Straßenverkehr Aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde bestehen zum o.g. Vorhaben in der vorgelegten Form keine Einwände.</p> <p>Bei der Anlage der Ein- und Ausfahrten ist zu beachten, dass die Sichten auf den fließenden Verkehr stets gegeben sind. Notwendig werdende Verkehrsbeschilderung ist mit der Straßenverkehrsbehörde abzustimmen bzw. ein Verkehrszeichenplan ist zur Anordnung einzureichen. Resultieren aus der Planung Bauarbeiten, die sich auf den Straßenverkehr auswirken, so gilt gemäß § 45 (6) StVO Folgendes: Die Unternehmer müssen - die Bauunternehmer unter Vorlage eines Verkehrszeichenplans - von der zuständigen Behörde eine verkehrsrechtliche Anordnung einholen. Soweit zutreffend sind Sondernutzungserlaubnisse bzw. Zustimmungen der Träger der Straßenbaulast mit einzureichen.</p> <p>Maßgebend für die Verkehrssicherung sind die StVO, die Richtlinien für die verkehrsrechtliche Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 21) und die zusätzlichen Technischen Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen (ZTV-SA 97), sie sollten Vertragsbestandteil sein/ werden. Zudem sollte der Auftraggeber die Technischen Regeln für Arbeitsstätten ASR A.2 berücksichtigen.</p> <p>Während der Baumaßnahme sind Vorkehrungen für die sichere Führung des Fußgänger- und ggf. Radverkehrs zu treffen, z. B. Aufrechterhaltung der erforderlichen Restbreite des Gehweges- und/oder Radweges oder Einrichtung eines Fußgängernotweges auf der Fahrbahn oder im Seitenraum. Dies hat ggf. Auswirkungen auf den fließenden Verkehr und ist somit in die Planung einzubeziehen.</p> <p>[2] FD 38 Brand- und Katastrophenschutz Im Rahmen der Beteiligung der Behörden verweisen wir in der Stellungnahme zum o.g. Vorhaben auf die Sicherung folgender Punkte:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Zugänge und Zufahrten von öffentlichen Verkehrsflächen auf den Grundstücken sind gemäß der LBauO M-V zu gewährleisten. Dabei sind die Vorgaben zur lichten Breite und Höhe 	<p>[1] Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände gegen die Planung bestehen.</p> <p>Die Hinweise zur Sichtfreiheit, Verkehrsbeschilderung, potentieller Einholung verkehrsrechtlicher Anordnungen nach § 45(6) StVO und Vorkehrungen zur Sicherung des fließenden Verkehrs und der sicheren Führung des Fußgänger- und Radverkehrs werden bei der weiteren Planung und Realisierung des Vorhabens berücksichtigt, betreffen jedoch unmittelbar keine Belange der Bauleitplanung.</p> <p>[2] Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Hinweis werden berücksichtigt. Die Gewährleistung von Zugängen und Zufahrten erfolgt entsprechend den Regelungen der LBauO M-V und der Richtlinie über

Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung
	<p>gemäß der Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr M-V zu beachten. Bei Einzäunung der Anlage mit einer Toranlage ist die Zugangsmöglichkeit für die Feuerwehr über eine Feuerwehrschießung sicherzustellen. Hierzu hat eine Abstimmung mit dem FD 38 Brand- und Katastrophenschutzvorbeugender Brandschutz des Landkreises Ludwigslust-Parchim zu erfolgen.</p> <p>2. Bei der geplanten Photovoltaikanlage handelt es sich um eine bauliche Anlage. Wirksame Löscharbeiten an baulichen Anlagen und der umliegende Gebietsschutz müssen für die Feuerwehr ermöglicht werden.</p> <p>3. Die Gewährleistung und Sicherung der Löschwasserversorgung gemäß der LBauO M-V, dem BrSchG M-V und dem Arbeitsblatt W 405 der DVGW von mindestens 800 l/min (48 m³/h) über 2 Stunden ist textlich wie auch graphisch vor Rechtskraft des B-Planes in der Begründung nachzuweisen.</p> <p>4. Für die Löschwasserentnahmestellen ist zu sichern, dass sie mit Löschfahrzeugen ungehindert angefahren werden können und dort zur Wasserentnahme Aufstellung genommen werden kann.</p> <p>5. Zur schnelleren Auffindung der Löschwasserentnahmestellen ist deren Lage durch entsprechende, gut sichtbare Hinweisschilder unmissverständlich zu kennzeichnen.</p> <p>6. Für die gesamte Anlage ist ein Übersichtsplan in Anlehnung an die DIN 14095 zu erstellen. Neben den normativen Vorgaben der DIN sind die Vorgaben des Landkreises Ludwigslust-Parchim umzusetzen. Diese können vom Planersteller aktuell über den E-Mail-Kontakt vorbeugender-Brandschutz@kreis-lup.de angefordert werden. Der Plan ist mit dem Fachdienst 38 Brand- und Katastrophenschutz abzustimmen.</p> <p>7. Vor der Fertigstellung des Vorhabens ist eine Einweisung der örtlich zuständigen Feuerwehr mit der Maßgabe der turnusmäßigen Wiederholung durchzuführen. Der Kontakt zu den zuständigen Wehren ist über das Ordnungsamt herzustellen.</p> <p>8. Zur Vorbeugung gegen Flächenbrände, die sich durch brennbaren Bewuchs ausdehnen können, ist durch entsprechende Bewirtschaftung und Pflege zu sichern, dass auf diesen Flächen die Möglichkeit der schnellen Brandausbreitung nicht gegeben bzw. so weit wie möglich eingeschränkt und entgegengewirkt wird.</p> <p>9. Im Vorfeld der Errichtung der PV-Flächen ist den Sachbearbeitern FD 38 Brand- und Katastrophenschutz - vorbeugender Brandschutz rechtzeitig ein Modulbelegungsplan zur Abstimmung vorzulegen. (Ziel: einvernehmliches Herstellen von möglichen Angriffswegen für Löschmaßnahmen)</p> <p>[3] FD 53 Gesundheit Es bestehen keine grundsätzlichen Einwände.</p> <p>[4] FD 60 Regionalmanagement und Kreisentwicklung Es werden keine Anregungen und Bedenken geäußert.</p> <p>[5] FD62 Vermessung Es bestehen keine Einwände.</p>	<p>Flächen für die Feuerwehr M-V. Die Einzäunung der Anlage mit einer Toranlage und die Gewährleistung der Zugangsmöglichkeiten für die Feuerwehr über eine Feuerwehrschießung erfolgen in Abstimmung mit FD 38 Brand- und Katastrophenschutzvorbeugender Brandschutz des Landkreises Ludwigslust-Parchim.</p> <p>2. Der Hinweis wird berücksichtigt.</p> <p>3. bis 9. Die Hinweise werden berücksichtigt.</p> <p>Die Löschwasserversorgung von 800 l / Min. (48 m³ / h) für 2 Stunden wird durch eine Zisterne gemäß LBauO M-V, BrSchG M-V und AB W405 DVGW gewährleistet. Der vorhabenbezogene Bebauungsplan und seine Begründung werden entsprechend ergänzt.</p> <p>[3] Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine grundsätzlichen Einwände gegen die Planung bestehen.</p> <p>[4] Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände gegen die Planung bestehen.</p> <p>[5] Die Hinweise werden berücksichtigt die Bezeichnungen der Gemarkungen und Flurstücke um die fehlenden Angaben ergänzt.</p>

Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung
	<p>Es wird darauf hingewiesen, dass auf dem Plan die genaue Bezeichnung der Gemarkung und Flur fehlt: Gemarkung Marsow; Flur: 2 Gemarkung Rodenwalde; Flur: 3</p> <p>Zwischen den Flurstücken 71/2 und 73 in der Gemarkung: Marsow; Flur: 2 fehlt die Flurstücksnummer 72.</p> <p>Die Flurstücksnummer 50 in der Gemarkung: Rodenwalde, Flur: 1 nördlich angrenzend an das Flurstück 147 der Gemarkung: Rodenwalde, Flur: 3 fehlt sowie deren Bezeichnung „Am Park“.</p> <p>Die Flurstücksnummer 49 in der Gemarkung: Rodenwalde, Flur: 1 nördlich angrenzend an die Flurstücke 152/1 und 155/2 der Gemarkung: Rodenwalde, Flur: 3 fehlt.</p> <p>[6] FD63 Bauordnung, Straßen- u Tiefbau <u>Denkmalschutz:</u> Grundlage der Stellungnahme ist das Denkmalschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommern (DSchG M-V).</p> <p>Im Bereich des Vorhabens befinden sich folgende in der Kreisdenkmalliste geführten Baudenkmale: Rodenwalde Gutsanlage mit Gutshaus und Wirtschaftshaus (Speicherstraße 9), Werkstätten -und Kornspeicherbau (Speicherstraße 18a), Kuhstall, Pferdestall und Wagenremise (Am Park 01).</p> <p>Diese Baudenkmale sind in den Planungsunterlagen (Karten- und Textteil) entsprechend aufgeführt bzw. gekennzeichnet / sind entsprechend aufzunehmen und zu kennzeichnen. Diese Baudenkmale dürfen in ihrer Substanz und in ihrem Erscheinungsbild nicht erheblich beeinträchtigt werden.</p> <p>Nach derzeitigem Kenntnisstand befinden sich im Bereich des Vorhabens (einschließlich der der Flächen für etwaige Ausgleichsmaßnahmen) mit der Blau gekennzeichnete Bodendenkmale (siehe beigefügte Karte - blaue flächige bzw. kreisförmige Markierungen. Bei den mit der Farbe Blau gekennzeichneten Bodendenkmalen ist vor Beginn jeglicher Erdarbeiten die fachgerechte Bergung und Dokumentation des Bodendenkmals sicherzustellen. Die Kosten für diese Maßnahmen trägt der Verursacher des Eingriffs (§ 6 Abs. 5 DSchG M-V). Über die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Bergung und Dokumentation der Bodendenkmale ist das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Fachbereich Archäologie rechtzeitig vor Beginn der Erdarbeiten zu unterrichten.</p> <p>Hinweise: Für Maßnahmen in diesen Bereichen ist gemäß § 7 Abs. 1 ff. DSchG M-V eine denkmalrechtliche</p>	<p>[6] Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt.</p> <p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die Baudenkmale liegen außerhalb des Geltungsbereiches des vorhabenbezogenen Bebauungsplans. Sie werden nachrichtlich in die Planzeichnung und die dazugehörige Begründung übernommen. Eine erhebliche Beeinträchtigung der Baudenkmale in ihrer Substanz und in ihrem Erscheinungsbild durch das geplante Vorhaben ist nicht erkennbar.</p> <p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die bekannten Bodendenkmale und die Hinweise werden nachrichtlich in den vorhabenbezogenen Bebauungsplan und die dazugehörige Begründung übernommen.</p> <p>Das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege, Fachbereich Archäologie wird rechtzeitig vor Beginn der Erdarbeiten über die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Bergung und Dokumentation der Bodendenkmale unterrichtet.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p>

Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung
	<p>Genehmigung erforderlich, solange nicht die Erfordernis/Genehmigungspflicht der Maßnahme nach § 7 Abs. 6 DSchG M-V besteht.</p> <p>Als mögliche Firma wäre die AIM-V Archäologie in Mecklenburg-Vorpommern GmbH in 18233 Neubuckow, Burchardstraße 06, Mobil: +49 171 7097909, E-Mail: info@aim-v.de Internet: https://sis-schwerin.de/externer-link/?href=www.archaeologie-in-mv.de zu benennen. Natürlich auch alle anderen gleichgelagerten Firmen.</p> <p>[7] Bauleitplanung: Es werden keine Anregungen und Bedenken geäußert.</p> <p>[8] Straßen- / Tiefbau: Die Zufahrt zum Plangebiet erfolgt über öffentliche Straßen der Gemeinde Vellahn (Rodenwalde, Marsow). Es bestehen keine Einwände oder Bedenken.</p> <p>FD 68 Umwelt [9] Naturschutz: Eingriffsregelung/Gehölzschutz Die nach § 19 NatSchAG M-V gesetzlich geschützte Baumreihe im Plangebiet ist nachrichtlich in der Planzeichnung darzustellen (Fläche des Kronentraufbereichs). Die PV-Module, sonstigen Nebenanlagen und Wege/Zäune sind mind. 3 m außerhalb des Kronentraufbereichs der Alleebäume und des geschützten Biotops (ebenfalls nachrichtlich in Text und Karte darzustellen) zu planen. Bei der Planung zu berücksichtigen ist auch das künftige Wachstum der Bäume. Eine Beschattung von zu dicht an geschützte Bäume herangeplante PV-Module ist kein Grund für eine Befreiung vom gesetzlichen Alleenschutz.</p> <p>Die Wegeführung ist in der Planzeichnung darzustellen.</p> <p>[10] Bei der Eingriffsermittlung ist die Lage der Fläche in einem landschaftlichen Freiraum der Stufe 3 zu berücksichtigen.</p> <p>[11] Es wird darum gebeten, bereits im Vorfeld zu prüfen, ob die Voraussetzungen der evtl. gewünschten Anerkennung von kompensationsmindernden Maßnahmen gemäß den „Hinweisen zur Eingriffsregelung“ tatsächlich umgesetzt werden können. In diesem Fall würde die gewählte GRZ von 0,8 der Anerkennung zwar bereits entgegenstehen. Oftmals stellt sich jedoch heraus, dass insb. die späten Mahdzeitpunkte im Nachhinein als problematisch empfunden werden, da die Module bereits durch das hohe Gras beschattet werden oder Schafrassen gewählt wurden, die nicht geeignet sind für diese Nahrung. Dies sollte bereits in der Planung beachtet werden.</p> <p>Die noch zu ermittelnden Kompensationsmaßnahmen sind rechtlich zu sichern entweder durch</p>	<p>[7] Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Anregungen und Bedenken geäußert werden.</p> <p>[8] Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände oder Bedenken gegen die Planung bestehen.</p> <p>[9] Der Hinweis wird berücksichtigt. Die gesetzlich geschützte Baumreihe wird nachrichtlich in die Planzeichnung übernommen und der Abstand der geplanten baulichen Anlagen von 3 m zum Kronentraufbereich der Alleebäume durch entsprechende Festsetzung der Baugrenzen gewährleistet.</p> <p>Der Anregung, die geplante Wegeführung in der Planzeichnung darzustellen, wird nicht gefolgt. Die Wegeführung ist abhängig von der späteren Modulbelegung. Es gelten der gesetzliche Alleenschutz und die festgesetzten Baugrenzen.</p> <p>[10] Die Lage des Plangebiets in einem landschaftlichen Freiraum der Stufe 3 wird bei der Eingriffsermittlung berücksichtigt.</p> <p>[11] Der Anregung wird gefolgt. Die Grundflächenzahl wird von bisher 0,80 auf 0,75 reduziert. Damit sind die Anforderungen an kompensationsmindernde Maßnahmen gemäß den „Hinweisen zur Eingriffsregelung“ erfüllt.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Die Kompensation wird durch eine Mischung von</p>

Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung
	<p>Darstellung im B-Plan-Geltungsbereich oder durch einen städtebaulichen Vertrag zuzüglich Dienstbarkeitseintragung im Grundbuch. Auch der Erwerb von Ökopunkten aus einem Ökokonto in derselben Landschaftszone ist möglich.</p> <p>[12] Artenschutz: Für die weitere Bearbeitung der Planunterlage, insbesondere des Umweltberichtes Schutzgut Tiere, sind die „Hinweise zu den artenschutzrechtlichen Zugriffsverboten des § 44 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz bei der Planung und Durchführung von Eingriffen“ (LUNG 2012) Pkt. 7.8 zu beachten (als Anlage beigelegt).</p> <p>[13] Wasser- und Bodenschutz: Nachforderung Grundwasser: Das Vorhaben befindet sich größtenteils in den Trinkwasserschutzzonen II & III A des Trinkwasserschutzgebietes Rodenwalde. Laut geltender Wasserschutzgebietsverordnung, vom 08.09.2015 ist in Anlage 2 unter Punkt 6.2 eine Ausweisung neuer Bebauungsgebiete verboten. Laut § 52 Absatz 3 WHG ist es in bestimmten Fällen möglich einen Antrag auf Ausnahmegenehmigung zu erteilen. Der Antrag auf Ausnahmegenehmigung ist nachzureichen.</p> <p>Grundwasser & Bodenschutz: Bezüglich des Grundwasser- & Bodenschutzes sowie der Altlasten bestehen zum Vorhaben keine Bedenken oder Einwände.</p> <p>Auflagen: Die Arbeiten sind so auszuführen, dass Verunreinigungen von Boden und Gewässer durch Arbeitsverfahren, Arbeitstechnik, Arbeits- und Transportmittel nicht zu besorgen sind. Bei auftretenden Havarien mit wassergefährdenden Stoffen ist der Schaden sofort zu beseitigen. Die untere Wasserbehörde des Landkreises Ludwigslust-Parchim (uWb) ist unverzüglich über die Havarie und die eingeleiteten Maßnahmen zu informieren.</p> <p>Falls Anzeichen für altlastenrelevante Bodenbelastungen angetroffen werden, sind unverzüglich die Arbeiten einzustellen und die uWb zu informieren. Treten bei Erdarbeiten Auffälligkeiten wie z.B. unnatürliche Verfärbungen, Gerüche oder Müllablagerungen auf, ist der Fachdienst Natur- und Umweltschutz des Landkreises Ludwigslust-Parchim zu informieren, um weitere Verfahrensschritte abzustimmen.</p>	<p>Maßnahmen im Geltungsbereich des Bebauungsplans, den Erwerb von Ökopunkten in einem Ökokonto in der derselben Landschaftszone und auf einer Fläche außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplans (Sicherung über städtebaulichen Vertrag und Dienstbarkeit im Grundbuch) erfolgen.</p> <p>[12] Die Gemeinde hat für die weitere Bearbeitung der Planunterlage, insbesondere des Umweltberichtes Schutzgut Tiere, die „Hinweise zu den artenschutzrechtlichen Zugriffsverboten des § 44 Absatz 1 Bundesnaturschutzgesetz bei der Planung und Durchführung von Eingriffen“ (LUNG 2012) Pkt. 7.8 beachtet.</p> <p>Der artenschutzrechtliche Fachbeitrag kommt zu dem Ergebnis, dass mit Einhaltung der im Artenschutzfachbeitrag festgelegten Maßnahmen (Bauzeitenregelung als Vermeidungsmaßnahme und eine CEF-Maßnahme) keine Verbotstatbestände gemäß § 44 Abs. 1 i. V. m. Abs. 5 BNatSchG ausgelöst werden.</p> <p>[13] Der Hinweis wurde berücksichtigt. Mit Schreiben vom 29.06.2023 hatte die Vorhabenträgerin einen Antrag auf Ausnahme von der Wasserschutzgebietsverordnung Rodenwalde für das geplante Vorhaben gestellt. Der Landkreis Ludwigslust-Parchim hat mit Schreiben vom 06.09.2023 die wasserrechtliche Befreiung für die Errichtung einer PV-Freiflächenanlage auf Ackerfläche von ca. 45 ha Göße innerhalb des Geltungsbereiches des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 7 der Gemeinde Vellahn „Solarfeld Rodenwalde“ und der 1. Änderung des Flächennutzungsplans befristet bis 31.12.2058 erteilt.</p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass bezüglich des Grundwasser- & Bodenschutzes zum Vorhaben keine Bedenken und Einwände bestehen.</p> <p>Die nebenstehenden aufgeführten Auflagen und die Auflagen aus der wasserrechtlichen Befreiung werden erfüllt.</p>

Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung
	<p>Insofern Recyclingmaterial zum Einbau kommen soll (z. B. für die Befestigung von Verkehrsflächen), ist die LAGA1 zu beachten. Sollte Fremdboden oder mineralisches Recyclingmaterial auf oder in die durchwurzelbare Bodenschicht gebracht werden, sind die Vorsorgewerte der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung² bzw. für dort nicht enthaltene Schadstoffe die Zuordnungswerte Z-0 der LAGA einzuhalten.</p> <p><i>Hinweise:</i> Nach gegenwärtigem Kenntnisstand sind Altlasten oder altlastenverdächtige Flächen im Plangebiet nicht bekannt. Die Vorgaben der Trinkwasserschutzverordnung sind einzuhalten.</p> <p>[14] Anlagen wassergefährdender Stoffe <i>Nachforderungen:</i> Das Plangebiet liegt in der Trinkwasserschutzzone II (engere Zone) des Trinkwasserschutzgebietes Rodenwalde. Gemäß § 49 Abs. 1 der Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (AwSV) i. V. m. Anlage 2 Punkt 2.2 der Verordnung zur Festsetzung des Wasserschutzgebietes für die Wasserfassung Rodenwalde (Wasserschutzgebietsverordnung Rodenwalde - WSGVO Rodenwalde) in der zurzeit geltenden Fassung dürfen im Fassungsgebiet und in der engeren Zone von Schutzgebieten keine Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen errichtet und betrieben werden.</p> <p>Daher ist eine Erklärung abzugeben, ob in den Anlagen ein Umgang mit wassergefährdenden Stoffen stattfindet, wie z. B. in den Trafostationen oder im Stromspeicher. Wenn mit wassergefährdenden Stoffen umgegangen wird, sind die Mengen der Stoffe und die Wassergefährdungsklasse mitzuteilen und die entsprechenden Sicherheitsdatenblätter vorzulegen.</p> <p>[15] Abwasser/Gew. II. Ordnung Stellungnahme hängt von der Ausnahmegenehmigung Grundwasser ab.</p> <p>Begründung Die Auflagen entsprechen dem Vorsorgegrundsatz zum Gewässer- und Bodenschutz und sind</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die Vorgaben der Trinkwasserschutzverordnung werden eingehalten.</p> <p>[14] Die Hinweise zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen werden berücksichtigt. Die Wechselrichter werden an bis zu zwölf Transformatorstationen von jeweils 3.500 kVA im Feld angeschlossen. Die nördlichste Transformatorstation wird parallel als Übergabestation ausgeführt, von der die PV-Anlage dann an das Netz des Netzbetreibers angeschlossen wird. Solche Stationen bestehen in der Regel aus einem Baukörper aus Stahlbeton, welcher auf einem Kiesbett positioniert wird. Betonfundamente kommen nicht zum Einsatz. Die hier verwendeten Kompaktstationen weisen Maße von ca. 4,0 x 3,0 x 2,5 m (L x B x H) auf. Innerhalb der Betonstation befindet sich unterhalb der Trafostation eine integrierte Ölwanne, die so dimensioniert ist, dass bei einem unwahrscheinlichen Fehlerfall das gesamte Öl des Trafos aufgenommen werden kann und eine Kontamination des Untergrundes damit ausgeschlossen ist.</p> <p>Im Gegensatz zu herkömmlichen Öltransformatoren werden bei diesem Projekt Ökotransformatoren verwendet. Diese sind mit einem biologisch abbaubaren Ester als Kühlung gefüllt. Während des Betriebs werden die Transformatoren rund um die Uhr überwacht. In einem Fehlerfall trennt sich die Station vom Netz durch das verbaute Schutzgerät, wodurch eine Überlastung des Trafos ausgeschlossen ist.</p> <p>[15] Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Ausnahmegenehmigung liegt zwischenzeitlich vor.</p>

¹ Anforderungen an die stoffliche Verwertung von mineralischen Reststoffen/ Abfällen- Technische Regeln (LAGA, Stand: 05.11.2004) nach derzeitigem Stand

² Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) vom 12.07.1999 (BGBL T. I S.1554)

Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung
	<p>verhältnismäßig. Sie beruhen auf § 107 Abs. 1 Landeswassergesetz M-V, §§ 5 Abs. 1, 6 Abs. 1, 100 Abs. 1, 101 Abs. 1 Wasserhaushaltsgesetz, §§1,2, 13, 14 Landesbodenschutzgesetz M-V und §§1,4 Abs. 5, 7 Bundes-Bodenschutzgesetz.</p> <p>[16] Immissionsschutz und Abfall Aus Sicht des Immissionsschutzes wird zum oben genannten Planvorhaben wie folgt Stellung genommen:</p> <p>Reflexionen von Photovoltaikanlagen stellen Immissionen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (§ 3 Abs. 2 BImSchG) dar. Sonnenlicht wird von der glatten Oberfläche der Module nicht nur absorbiert, sondern auch zu einem Teil reflektiert. Dadurch können in der Nachbarschaft zum Teil Einwirkungen mit hoher Leuchtdichte auftreten und mit >105 cd/m² eine Absolutblendung bei den Betroffenen auslösen. Die Absolutblendung in ihrer Auswirkung auf die Nachbarschaft kann wie der periodische Schattenwurf von Windenergieanlagen betrachtet werden. In Anlehnung an [Hinweise zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windenergieanlagen (WEA-Schattenwurf- Hinweise), verabschiedet auf der 103. Sitzung, Mai 2002] kann eine erhebliche Belästigung im Sinne des BImSchG durch die maximal mögliche astronomische Blenddauer unter Berücksichtigung aller umliegenden Photovoltaikanlagen vorliegen, wenn diese mindestens 30 Minuten am Tag oder 30 Stunden pro Kalenderjahr beträgt.</p> <p>Für die Sondergebietsflächen mit der Zweckbestimmung „Freiflächen-Photovoltaikanlage“ ist eine Blendwirkung der eingesetzten Photovoltaik-Module für die Umgebung auszuschließen. Es sind vorzugsweise Photovoltaik-Module mit einer Antireflexionsbeschichtung zu verwenden.</p> <p>Zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen sind Niederfrequenzanlagen, wie Transformatorstationen, so zu errichten und zu betreiben, dass sie bei höchster betrieblicher Anlagenauslastung in ihrem Einwirkungsbereich an Orten, die zum nicht nur vorübergehenden Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, die in der Verordnung über elektromagnetische Felder - 26. BImSchV im Anhang 1a genannten Grenzwerte nicht überschreiten.</p> <p>Entsprechend des § 4 der 26. BImSchV sind bei Errichtung und wesentlichen Änderungen von Niederfrequenzanlagen die Anforderungen zum Zweck der Vorsorge zu berücksichtigen. Die Anzeige einer Niederfrequenzanlage mit einer Nennspannung von 110 Kilovolt und mehr oder einer Gleichstromanlage ist gemäß § 7 Abs. 2 der 26. BImSchV dem FD Immissionsschutz/Abfall des Landkreises Ludwigslust- Parchim, Bereich Immissionsschutz, mindestens zwei Wochen vor Inbetriebnahme vorzulegen. Der Betreiber hat die maßgeblichen Daten, sowie einen Lageplan vorzuhalten und dem FD Immissionsschutz/Abfall des Landkreises Ludwigslust-Parchim, Bereich Immissionsschutz auf Verlangen unverzüglich vorzulegen.</p> <p>Hinweise</p> <ol style="list-style-type: none"> Gemäß § 22 BImSchG sind nicht genehmigungsbedürftige Anlagen so zu errichten und zu betreiben, dass 	<p>[16] Die Hinweise werden berücksichtigt.</p> <p>Für das Vorhaben wird eine Blendwirkung der eingesetzten Photovoltaik-Module für die Umgebung ausgeschlossen. Es werden Photovoltaik-Module mit einer Antireflexionsbeschichtung verwendet. Die Module werden nach Süden ausgerichtet und damit <u>nicht</u> in Richtung der von Norden nach Süden verlaufenden öffentlichen Straße und auch <u>nicht</u> in Richtung des bebauten Ortsteils Rodenwalde. Die entlang der Straße vorhandenen gesetzlich geschützten Baum- und Strauchreihen bieten einen weiteren Schutz der Verkehrsteilnehmer vor möglichen Blendwirkungen durch die PV-Module.</p> <p>Die Hinweise werden berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Der Betreiber wird die maßgeblichen Daten, sowie einen Lageplan vorhalten und dem FD Immissionsschutz/Abfall des Landkreises Ludwigslust-Parchim, Bereich Immissionsschutz auf Verlangen unverzüglich vorlegen.</p> <p>Die Hinweise werden berücksichtigt.</p>

Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung
	<ul style="list-style-type: none"> - schädliche Umwelteinwirkungen verhindert werden, die nach dem Stand der Technik vermeidbar sind, - nach dem Stand der Technik unvermeidbare schädliche Umwelteinwirkungen auf ein Mindestmaß beschränkt werden und - die beim Betrieb der Anlage entstehenden Abfälle ordnungsgemäß beseitigt werden können. <ol style="list-style-type: none"> 2. Die Anforderungen zum Schutz der Allgemeinheit und der Nachbarschaft vor schädlichen Umwelteinwirkungen sowie zur Vorsorge gegen schädliche Umwelteinwirkungen sind zu gewährleisten (§ 23 BImSchG). 3. Sollten sich Immissionsbelästigungen für die Nachbarschaft ergeben, so ist auf Anordnung der Behörde nach § 26 BImSchG ein Gutachten (die Kosten trägt der Bauherr) mit Abwehrmaßnahmen zu erstellen und diese in Abstimmung mit der Behörde terminlich umzusetzen. 4. Während der Realisierungsphase von Baumaßnahmen sind die Immissionsrichtwerte der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschimmissionen - (AW Baulärm) vom 19. August 1970 einzuhalten. 5. Während der Realisierungsphase von Baumaßnahmen sind die Anforderungen der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zur Durchführung der Verordnung über elektromagnetische Felder - 26. BImSchV (26. BImSchWV) vom 26. Februar 2016 einzuhalten. <p>[17] Abfallwirtschaft Es bestehen aus Sicht der öffentlichen Abfallentsorgung keine Einwände oder Bedenken.</p>	<p>[17] Es wird zur Kenntnis genommen, dass aus Sicht der öffentlichen Abfallentsorgung keine Einwände oder Bedenken bestehen.</p>
3.	<p>Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg vom 29.11.2022 Bleicherufer 13 in 19053 Schwerin, Frau Andrea Geske Tel.: (0385) 588 66151 mail: Andrea.Geske@staluwm.mv-regierung.de AZ.: StALU WM-362-22-5122-76142</p>	
	<p>[1] Landwirtschaft/EU-Förderangelegenheiten</p> <p>Landwirtschaftliche Belange sind betroffen.</p> <p>Es ist geplant, auf 45,58 ha Ackerfläche in den Gemarkungen Marsow und Rodenwalde eine Photovoltaik-Freiflächenanlage zu errichten. Es sollen Ackerflächen der Feldblöcke DEMVLI094DB40077, DEMVLI094DB40078, DEMVLI094DB40042 und DEMVLI094DB 40011 in Anspruch genommen werden. Die Ackerzahl beträgt 37.</p> <p>Aus Sicht der Raumordnung des Landes verstoßen PV-FFA auf Ackerflächen grundsätzlich gegen die Ziele bzw. Grundsätze der Raumordnung. Entsprechend dem Landesraumentwicklungsprogramm M-V 2016 sollen PV-FFA nur auf Konversionsflächen, versiegelten Flächen, Deponieabschnitten oder endgültig stillgelegte Deponien oder aber auf Ackerland in einem 110 m breiten</p>	<p>[1] Die Betroffenheit landwirtschaftlicher Belange wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Hinweise wurden berücksichtigt. Es liegt ein positiver Bescheid zum Zielabweichungsverfahren (ZAV) vom 10.07.2023 vor. Die Zulassung der Zielabweichung erfolgt u.a. unter folgender Maßgabe: 1. Durch Abschluss eines städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 BauGB zwischen</p>

Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung
	<p>Streifen beiderseits von Autobahnen und Schienenwegen zulässig sein. Das Ackerland soll weniger als 20 Bodenpunkte haben.</p> <p>Für ca. 5000 ha landwirtschaftlichen Nutzflächen, die nicht den Grundsätzen des gültigen Raumentwicklungsprogrammes entsprechen, soll die Zulässigkeit der Errichtung und der Betrieb von PV-FFA über Zielabweichungsverfahren geprüft werden. Die Gemeinde hat am 08.03.2022 einen Zielabweichungsantrag gestellt. Die Unterlagen lassen die Erfüllung der Voraussetzungen für ein Zielabweichungsverfahren nicht erkennen.</p> <p>Boden ist der wichtigste Produktionsfaktor der Landwirtschaft. Durch den Entzug von Fläche für die Errichtung und den Betrieb der PV-FFA kommt es zur Verknappung von Anbauflächen. Verknappung von landwirtschaftlichen Nutzflächen hat Einfluss auf das Pachtpreinsniveau und damit auf den wirtschaftlichen Erfolg der ortsansässigen Landwirtschaftsbetriebe.</p> <p>Weitere Bedenken und Anregungen werden zum gegenwärtigen Stand der Planung nicht geäußert.</p> <p>[2] Integrierte ländliche Entwicklung Als zuständige Behörde zur Durchführung von Verfahren zur Neuregelung der Eigentumsverhältnisse nach dem 8. Abschnitt des Landwirtschaftsanpassungsgesetzes und des Flurbereinigungs-gesetzes wird mitgeteilt, dass sich das Plangebiet in keinem Verfahren zur Neuregelung der Eigentumsverhältnisse befindet. Bedenken und Anregungen werden deshalb nicht geäußert.</p> <p>[3] Naturschutz, Wasser und Boden 3.1 Naturschutz Von dem Vorhaben sind Belange der Behörde nach §§ 5 Satz 1 Nr. 1 bis 3 und 40 Abs. 2 Nr. 2 Naturschutzausführungsgesetz (NatSchAG M-V) nicht betroffen. Die Belange anderer Naturschutzbehörden nach §§ 2, 3, 4, 6 und 7 NatSchAG M-V sind zu prüfen.</p>	<p>der Gemeinde Vellahn und dem Vorhabenträger ist der Rückbau der Freiflächen-photovoltaikanlage nach Ablauf des im Bebauungsplan festgesetzten Zeitraums sicherzustellen. Die Finanzierung eines landschaftsgerechten Rückbaus der Anlage nach Beendigung des Betriebes ist in geeigneter Form abzusichern.</p> <p>Die Entscheidung wurde auf der Grundlage von § 6 II 1 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 5 VI Landesplanungsgesetz M-V getroffen. Danach kann eine Abweichung von den Zielen der Raumordnung zugelassen werden, wenn sie unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Beide Voraussetzungen wurden hier seitens der obersten Landesplanungsbehörde anerkannt.</p> <p>Der Hinweis zum Entzug landwirtschaftlicher Flächen wurde berücksichtigt. Trotz der theoretisch guten Bodenqualität ist eine landwirtschaftliche Nutzung aufgrund der Lage innerhalb der engeren Schutzzone (Wasserschutzzone II) des Wasserschutzbereiches Rodenwalde nur sehr eingeschränkt möglich und eine ernährungswirtschaftliche Nutzung kaum rentabel umsetzbar. So sind dort beispielsweise nicht nur die Anwendung diverser Düngemittel verboten, sondern auch alternativ denkbare landwirtschaftliche Nutzungsformen der Flächen wie die Freilandtierhaltung, die Beweidung oder auch die Neuanlage oder Erweiterung von Baumschulen und forstlichen Pflanzgärten sowie der Hopfen-, Gemüse-, Obst- und Zierpflanzenanbau.</p> <p>Dass Ackerböden von hoher Bodenqualität für die Verwendung von Freiflächen-Photovoltaik ausgeschlossen sein sollten, liegt vor allem darin begründet, dass ausreichend Flächen für eine landwirtschaftliche – im Sinne einer ernährungswirtschaftlichen – Nutzung zu Verfügung stehen müssen. Aufgrund der vorliegend jedoch per se eingeschränkten Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung, sieht die Gemeinde Vellahn hier keine erhebliche Beeinträchtigung landwirtschaftlicher Belange.</p> <p>[2] Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>3.1 Es wird zur Kenntnis genommen, dass Belange des Staatlichen Amtes für Landwirtschaft und Umwelt Westmecklenburg (StALU WM) von dem Vorhaben nicht betroffen sind. Die hier zuständige untere Naturschutzbehörde wird im Verfahren beteiligt.</p>

Nr.	Stellungnahme / Einwendung von	Abwägungsvorschlag und Fachliche Erläuterungen zur Berücksichtigung der Stellungnahme bei der Planung																
	<p>3.2 Wasser Gewässer erster Ordnung gemäß § 48 Abs. 1 des Wassergesetzes des Landes Mecklenburg-Vorpommern (LWaG) und wasserwirtschaftliche Anlagen in der Zuständigkeit des StALU WM werden nicht berührt, so dass von hier gegen das Vorhaben keine wasserwirtschaftlichen Bedenken bestehen.</p> <p>3.3 Boden Das Altlasten- und Bodenschutzkataster für das Land Mecklenburg-Vorpommern wird vom Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern, Goldberger Straße 12, 18273 Güstrow, anhand der Erfassung durch die Landräte der Landkreise und Oberbürgermeister/Bürgermeister der kreisfreien Städte geführt. Entsprechende Auskünfte aus dem Altlastenkataster sind dort erhältlich.</p> <p>Werden in Bewertung dieser Auskünfte oder darüber hinaus schädliche Bodenveränderungen, Altlasten oder altlastverdächtige Flächen im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BbodSchG) festgestellt, ist die Vorhabenträgerin auf Grundlage von § 2 des Gesetzes zum Schutz des Bodens im Land Mecklenburg-Vorpommern (Landesbodenschutzgesetz – LbodSchG M-V) verpflichtet, den unteren Bodenschutzbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte hierüber Mitteilung zu machen.</p> <p>[4] Immissions- und Klimaschutz, Abfall- und Kreislaufwirtschaft Genehmigungsbedürftige Anlagen nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) Im Planungsbereich und seiner immissionsschutz-/abfallrelevanten Umgebung befinden sich keine Anlagen, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt bzw. angezeigt wurden.</p> <p>Hinweis: Im Genehmigungsverfahren befinden sich nachfolgende Anlagen: Anlagenbetreiber: UKA Projektentwicklung Nord GmbH & Co.KG</p> <table border="1" data-bbox="181 1015 1167 1235"> <thead> <tr> <th>Anlagenart</th> <th>Gemarkung</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>WKA 1</td> <td>Marsow, Flur 1, Flurstück 22/1</td> </tr> <tr> <td>WKA 2</td> <td>Marsow, Flur 1, Flurstück 22/1</td> </tr> <tr> <td>WKA 3</td> <td>Marsow, Flur 1, Flurstück 16/1</td> </tr> <tr> <td>WKA 4</td> <td>Marsow, Flur 1, Flurstück 16/1</td> </tr> <tr> <td>WKA 5</td> <td>Marsow, Flur 1, Flurstück 17</td> </tr> <tr> <td>WKA 6</td> <td>Marsow, Flur 1, Flurstück 17</td> </tr> <tr> <td>WKA 7</td> <td>Marsow, Flur 1, Flurstück 16/1</td> </tr> </tbody> </table> <p>Durch die Windkraftanlagen ist bei Inbetriebnahme ein Schattenwurf zu erwarten, somit ist eine uneingeschränkte Sonneneinstrahlung auf das geplante Solarfeld nicht gegeben.</p>	Anlagenart	Gemarkung	WKA 1	Marsow, Flur 1, Flurstück 22/1	WKA 2	Marsow, Flur 1, Flurstück 22/1	WKA 3	Marsow, Flur 1, Flurstück 16/1	WKA 4	Marsow, Flur 1, Flurstück 16/1	WKA 5	Marsow, Flur 1, Flurstück 17	WKA 6	Marsow, Flur 1, Flurstück 17	WKA 7	Marsow, Flur 1, Flurstück 16/1	<p>3.2 Es wird zur Kenntnis genommen, dass Gewässer erster Ordnung und wasserwirtschaftliche Anlagen in der Zuständigkeit des StALU WM vom Vorhaben nicht berührt werden und gegen das Vorhaben keine wasserwirtschaftlichen Bedenken bestehen.</p> <p>3.3 Der Hinweis wurde berücksichtigt. Das Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie Mecklenburg-Vorpommern wurde und wird im Verfahren beteiligt. Altlasten sind im Plangebiet nicht bekannt.</p> <p>Der Hinweis wird – falls erforderlich - berücksichtigt.</p> <p>[4] Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangebiet und seiner immissionsschutz-/abfallrelevanten Umgebung keine Anlagen befinden, die nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz genehmigt bzw. angezeigt wurden.</p> <p>Der Hinweis auf die im Genehmigungsverfahren befindlichen Flächen wird zur Kenntnis genommen. Eine Änderung der vorliegenden Planung ergibt sich daraus nicht.</p>
Anlagenart	Gemarkung																	
WKA 1	Marsow, Flur 1, Flurstück 22/1																	
WKA 2	Marsow, Flur 1, Flurstück 22/1																	
WKA 3	Marsow, Flur 1, Flurstück 16/1																	
WKA 4	Marsow, Flur 1, Flurstück 16/1																	
WKA 5	Marsow, Flur 1, Flurstück 17																	
WKA 6	Marsow, Flur 1, Flurstück 17																	
WKA 7	Marsow, Flur 1, Flurstück 16/1																	

4.	Landesamt für Umwelt, Naturschutz und Geologie vom 14.12.2022, Goldberger Straße 12 b in 18273 Güstrow	
	<p>Es wird keine Stellungnahme zu den eingereichten Unterlagen vom 18.11.2022 abgegeben.</p> <p>Zur Vermeidung von weiterem Verfahrensaufwand auf beiden Seiten wird darum gebeten, von einer Zusendung des Ergebnisses der Prüfung der Stellungnahme mit einem Auszug aus dem Protokoll der Beschlussfassung abzusehen.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass von der Behörde keine Stellungnahme zu den eingereichten Unterlagen abgegeben wird.</p>
6.	Landesamt für innere Verwaltung M-V, Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen vom 17.11.2022 Frank Tonagel, Tel.: (0385) 588-56268 mail: geodatenservice@laiv-mv.de Az.: 341 - TOEB202200835	
	<p>Im Plangebiet befinden sich keine Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagennetze des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Dennoch sind für weitere Planungen und Vorhaben die Informationen im Merkblatt über die Bedeutung und Erhaltung der Festpunkte (Anlage) zu beachten. Im Verfahren sind auch die jeweiligen Landkreise und kreisfreien Städte als zuständige Vermessungs- und Katasterbehörden zu beteiligen, da diese im Rahmen von Liegenschaftsvermessungen das Aufnahmepunktfeld aufbauen. Aufnahmepunkte sind ebenfalls zu schätzen.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangebiet keine Festpunkte der amtlichen geodätischen Grundlagennetze des Landes M-V befinden. Die im Merkblatt aufgeführten Informationen werden beachtet.</p> <p>Der Landkreis Ludwigslust-Parchim als zuständige Vermessungs- und Katasterbehörde wird im Verfahren beteiligt.</p>
8.	Abwasserzweckverband Sude-Schaale vom 15.12.2022, Dreilüztower Chaussee 4 in 19243 Wittenburg Frau Wemmert Tel.: (038852) 621-43 mail: hannelore.wemmert@wbv-sude-schaale.de	
	<p>Es werden keine Einwände gegen den Vorentwurf des o. g. B-Plans vorgebracht. Belange des AZV werden durch den B-Plan nicht berührt.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Einwände gegen den Vorentwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplan vorgebracht werden und Belange des AZV nicht berührt sind.</p>
10.	Wasser- und Bodenverband Boize-Sude-Schaale vom 12.12.2022 Dorfstraße 26 in 19230 Toddin, Stefan Täfler Tel.: (03883) 721125 mail: taefler.wbv_toddin@wbv-mv.de	
	<p>Bei der Durchführung der Baumaßnahme sind folgende Forderungen des WBV einzuhalten:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bei einer Kreuzung (Kabel, Rohr, etc.) ist das Gewässer bzw. die Rohrleitung im rechten Winkel zu düken. • Im Kreuzungsbereich ist ein Schutzrohr (für Kabel) von mindestens 6,0 m Länge einzubauen. • Der Mindestabstand zwischen Gewässer- bzw. Rohrsohle und Kabel-/ Rohrscheitel beträgt 1,50 m. • Erdarbeiten in offener Bauweise werden außerhalb der 5 m breiten Gewässerrandstreifen durchgeführt, die beidseitig ab der Böschungsoberkante landseits am Gewässer verlaufen. • Bei einer parallel zum Gewässer verlaufenden Kabel-/ Rohrtrasse ist die Leitung außerhalb der Gewässerrandstreifen 5,0 m landseits von der Böschungsoberkante zu führen. 	<p>Die Hinweise werden bei der weiteren Planung berücksichtigt. Der Anlagenbestand außerhalb von öffentlichen Flächen und die Hinweise werden nachrichtlich in die Planung übernommen.</p>

	<ul style="list-style-type: none"> • Schäden an den Gewässern oder Rohrleitungen sind dem Wasser- und Bodenverband umgehend mitzuteilen und durch den Verursacher zu beseitigen. • Mehraufwendung in der Gewässerunterhaltung aufgrund von Erschwerissen sind dem Wasser- und Bodenverband nach § 65 LWaG zu ersetzen. • Die genaue Lage und Tiefe der Gewässer bzw. Rohrleitungen ist vor Ort durch den Vorhabensträger zu prüfen. • Bauwerke, wie Solarpaneele, Zäune etc. sind außerhalb der 5 m breiten Gewässerrandstreifen zu errichten, die beidseitig ab der Böschungsoberkante landseits am Gewässer verlaufen • Bei Rohrleitungen gilt der Gewässerrandstreifen vom Rohrscheitel aus, beidseitig 5 m. • Die Zugänglichkeit muss für den WBV- BSS stets gewährleistet sein, da der WBV- BSS für die Gewässerunterhaltung der Gewässer II. Ordnung (Krautung, Havariefall, etc.) zuständig ist. <p>Eventuell vorhandene Dränungsleitungen werden laut MeAnIG als Bestandteil des Grundstücks betrachtet und sind durch den Eigentümer zu bewirtschaften.</p>	<p>Der Hinweis zu evtl. vorhandenen Drainagen wird berücksichtigt.</p>
12.	<p>Landesforst Mecklenburg-Vorpommern, Forstamt Schildfeld vom 12.12.2022 Herr Rathje Tel.: 038843 8241-0 mail: henning.rathje@lfoa-mv.de Aktenzeichen: 34/24/22</p>	
	<p>Aus forstrechtlicher Sicht ist bei der Errichtung und dem Betrieb einer Photovoltaik-Freiflächenanlage inkl. Nebenanlagen insbesondere der Waldabstand nach § 20 I LWaldG M-V zu berücksichtigen.</p> <p>Mit der Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 7 „Solarfeld Rodenwalde“ werden die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung und den Betrieb einer Photovoltaik-Freiflächenanlage inkl. Nebenanlagen geschaffen. Das Forstamt Schildfeld wurde hier beteiligt, um die öffentlichen Belange nach § 1 VI BauGB zu ermitteln. Das vom Bebauungsplan betroffene Gebiet grenzt an eine Fläche, welche Waldeigenschaft nach § 2 LWaldG M-V aufweist. (Anlage: Skizze)</p> <p>Der Wald prägt in Mecklenburg Vorpommern die Landschaft und gehört zu den Naturreichtümern des Landes. Er ist notwendige Lebensgrundlage der Menschen und Lebensraum für Pflanzen und Tiere. Dieser Grundsatz ist auch im Landeswaldgesetz verankert. Der Wald ist wegen seines wirtschaftlichen Nutzens, seiner Bedeutung für die Umwelt, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, das Klima, den Wasserhaushalt, die Reinhaltung der Luft, die Erholung der Bevölkerung zu erhalten und zu mehren.</p> <p>Zur Sicherung vor Gefahren durch Windwurf oder Waldbrand ist gemäß § 20 I S. 1 LWaldG M-V ein Abstand von 30 Metern (gemessen ab Traufkante) bei der Errichtung baulicher Anlagen zum Wald einzuhalten. Die geplante Photovoltaik-Freiflächenanlage inkl. Nebenanlagen ist eine solche bauliche Anlage. Der Begründung des Bebauungsplans ist nicht zu entnehmen, dass</p>	<p>Der Hinweis wird bei der weiteren Planung berücksichtigt.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Der Waldabstand von 30 m wird nachrichtlich in die Planzeichnung des vorhabenbezogenen Bebauungsplan übernommen. Die Festsetzung der Baugrenzen wird entsprechend angepasst. Die Begründung wird ergänzt.</p>

	<p>dieser Abstand eingehalten werden soll. Laut Ausweisung auf dem „- Vorentwurf wird die Baugrenze ohne den nötigen Waldabstand geplant. Dies ist abzuändern.</p> <p>Bedarf die bauliche Anlage einer Baugenehmigung, entscheidet die Bauaufsichtsbehörde im Einvernehmen mit der Forstbehörde gern. § 20 II LWaldG M-V über Ausnahmen bei Unterschreitung des Waldabstandes. Hier ist davon auszugehen, dass das Bauvorhaben eine Baugenehmigung benötigt.</p> <p>Aus forstrechtlicher Sicht besteht hier keine Ausnahmemöglichkeit nach § 20 II LWaldG M-V i.V.m. WAbstV M-V.</p> <p>Es bestehen aus forstlicher Sicht somit entgegenstehende öffentliche Belange. Diese müssen berücksichtigt werden, indem der einzuhaltende Waldabstand, wie auf der beigefügten Skizze dargestellt, gewährleistet wird. Es wird darauf hingewiesen, dass der „- Vorentwurf -“ widersprüchliche Angaben zur Nutzung beinhaltet. Die Nutzung wird in „2. Art der baulichen Nutzung“ in der Planzeichenerklärung als „Windkraftnutzung“ beschrieben. Dies ist abzuändern. Die hier dargelegten forstlichen Bedenken beziehen sich lediglich auf eine Nutzung durch eine Photovoltaik-Freiflächenanlage.</p> <p>In den vorliegenden Unterlagen fehlen etwaige Gestattungen des Waldanrainers. Diese sind einzuholen.</p>	<p>Es wird bei der weiteren Planung berücksichtigt, dass keine Ausnahmemöglichkeit nach § 20 Abs. 2 Landeswaldgesetz i.V.m. mit der Waldabstandsverordnung M-V besteht.</p> <p>Der Hinweis zu den widersprüchlichen Angaben zur Art der baulichen Nutzung im Vorentwurf des Bebauungsplans wird berücksichtigt. Die Planzeichenerklärung wird entsprechend korrigiert.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Gestattungen des Waldanrainers sind hier nicht erforderlich. Mit der Planung wird der gesetzlich geltende Waldabstand von 30 m eingehalten.</p>
13.	<p>Straßenbauamt Schwerin vom November 2022 Postfach 16 01 42 in 19091 Schwerin, Frau Will Tel.: 0385 588 81 145 mail: andrea.will@sbv.mv-regierung.de Geschäftszeichen: 2331-512-RODE BP7-2022/203</p>	
	<p>Es bestehen in verkehrlicher, straßenbaulicher und straßenrechtlicher Hinsicht keine Einwände. Bundes- und Landesstraßen sind nicht betroffen.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass in verkehrlicher, straßenbaulicher und straßenrechtlicher Hinsicht keine Einwände gegen die Planung bestehen.</p>
14.	<p>Deutsche Telekom Technik GmbH vom 23.11.2022 Ute Glaesel PTI 23 Betrieb 1 mail: Ute.Glaesel@telekom.de Vorgangsnummer: 102896255</p>	
	<p>Es werden aktuelle Bestandspläne der Telekommunikationsanlagen der Telekom übergeben. Es wird darum gebeten, die überlassenen Planunterlage nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an Dritte weiterzugeben.</p> <p>Gegen die o. g. Planung werden dann keine Einwände geäußert, wenn die nachfolgend genannten Auflagen und Hinweise eingehalten werden: Die in unmittelbarer Nähe der geplanten Anlage verlaufende Telekommunikationslinie der Telekom ist bei eventuell auftretenden atmosphärischen Entladungen besonders gefährdet. Daher sollte schon bei der Festlegung der Standorte einen Abstand von mindestens 15 m zwischen den Erdungsanlagen der geplanten Anlage und der Telekommunikationslinie der Telekom</p>	<p>Die Hinweise werden berücksichtigt. Die Telekommunikationslinie verläuft außerhalb des Geltungsbereiches des Bebauungsplans, jedoch in unmittelbarer Nähe zur geplanten PV-Freiflächenanlage. Der Abstand von 15 m zwischen den Erdungsanlagen der geplanten Anlage und der Telekommunikationslinie der Telekom wird durch entsprechende Festsetzung der Baugrenzen berücksichtigt.</p>

	berücksichtigt werden. Wenn eine Versorgung der Photovoltaikanlage an das Telekommunikationsnetz der Telekom gewünscht wird, ist die Herstellung für den Auftraggeber voll kostenpflichtig.	
15.	WEMAG Netz GmbH vom 15.12.2022 leitungsauskunft@wemag-netz.de	
	<p>Im Plangebiet befinden sich keine Netzanlagen der WEMAG Netz GmbH.</p> <p>Für eine elektrotechnische Erschließung im Plangebiet ist bei der WEMAG Netz GmbH ein separater Antrag zu stellen. Die Antragsstellung sollte 12 Monate vor Baubeginn erfolgen. Die Erschließung ist kostenpflichtig. Für eine Kostenermittlung werden unter Angabe der Vorgangsnummer 52322813 folgende Dokumente benötigt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Amtlichen B-Plan - Parzellenplan, Bebauungsplan - <p>Die WEMAG Netz GmbH ist in die Planungen frühzeitig einzubeziehen. Ein interner Planungssingenieur wird im Rahmen der Kostenermittlung benannt. Für die elektrotechnische Erschließung des Plangebietes sind entsprechende Leitungstrassen nach DIN 1998 sowie ein möglicher Trafostationsstandort (Flächengröße 4 x 6 [m]) vorzuhalten.</p> <p>Informationen zu Anmeldung von Erzeugungsanlagen sind unter zu finden: https://www.wemag-netz.de/erzeugungsanlagen</p> <p>Für alle Bau- und Planungsarbeiten an bzw. in der Nähe unserer Netzanlagen ist die „Schutzanweisung von Versorgungsleitungen und -anlagen“ zu beachten. Dieses Dokument ist für das gesamte Versorgungsgebiet verbindlich. Es kann unter folgendem Pfad heruntergeladen werden: http://www.wemag-netz.de/_einzelseiten/leitungsauskunft/index.html</p> <p>Mit diesem Schreiben wird als Anlage einen Bestandsplan mit Lage und Verlauf unserer Versorgungsleitungen/ -anlagen übergeben. Jede Auskunft wird protokolliert und ist 4 Wochen ab Auskunftsdatum gültig. Weitere Informationen zur Gültigkeit sind in der Schutzanweisung zu finden.</p> <p>Hinweis: Es ist zu beachten, dass Anlagen anderer Versorgungsträger und Einspeiser von regenerativen Energien vorhanden sein können!</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich keine Netzanlagen der WEMAG Netz GmbH im Plangebiet befinden.</p> <p>Die Hinweise werden bei der weiteren Planung berücksichtigt, berühren jedoch unmittelbar keine Belange der Bauleitplanung.</p> <p>Der Bestandsplan wurde geprüft. Die vorhandenen Anlagen befinden sich außerhalb des Plangebiets.</p>
16.	50Hertz Transmission GmbH – TG Netzbetrieb - vom 18.11.2022 Heidestraße 2 in 10557 Berlin, Frau Froeb Tel.: 030/5150-3495 mail: leitungsauskunft@50hertz.com 2022-005874-01-TG	
	Es wird mitgeteilt, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke,	Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich derzeit keine von der 50Hertz Transmission GmbH betriebenen Anlagen im Plangebiet befinden oder in nächster Zeit geplant

	<p>Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind.</p> <p>Zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung äußert sich das Unternehmen als Leitungsbetreiber nicht.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der 50Hertz Transmission GmbH.</p>	sind.																				
17.	<p>GDMcom GmbH vom 28.11.2022 Maximilianallee 4 in 04129 Leipzig, Frau Ines Urbanneck Tel.: (0341) 3504 495 mail: leitungsauskunft@gdmcom.de PE-Nr.: 10650/22 und Reg.-Nr.: 10650/22</p>																					
	<p>Die GDMcom erteilt folgende Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber:</p> <table border="1" data-bbox="181 600 1205 834"> <thead> <tr> <th>Anlagenbetreiber</th> <th>Hauptsitz</th> <th>Betroffenheit</th> <th>Anhang</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>Erdgasspeicher Peissen GmbH</td> <td>Halle</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)</td> <td>Schwaig b. Nürnberg</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>ONTRAS Gastransport GmbH</td> <td>Leipzig</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> <tr> <td>VNG Gasspeicher GmbH</td> <td>Leipzig</td> <td>nicht betroffen</td> <td>Auskunft Allgemein</td> </tr> </tbody> </table> <p>Diese Auskunft gilt nur für den dargestellten Bereich und nur für die Anlagen der vorgenannten Unternehmen, so dass noch mit Anlagen weiterer Betreiber gerechnet werden muss, bei denen weitere Auskünfte einzuholen sind.</p>	Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang	Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	ONTRAS Gastransport GmbH	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	VNG Gasspeicher GmbH	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die aufgeführten Anlagenbetreiber im angefragten Bereich nicht betroffen sind.
Anlagenbetreiber	Hauptsitz	Betroffenheit	Anhang																			
Erdgasspeicher Peissen GmbH	Halle	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																			
Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)	Schwaig b. Nürnberg	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																			
ONTRAS Gastransport GmbH	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																			
VNG Gasspeicher GmbH	Leipzig	nicht betroffen	Auskunft Allgemein																			
	<p><i>ONTRAS Gastransport GmbH</i> <i>Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen)</i> <i>VNG Gasspeicher GmbH</i> <i>Erdgasspeicher Peissen GmbH</i></p> <p>Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s. Es bestehen keine Einwände gegen das Vorhaben.</p> <p>Auflage: Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, so ist es notwendig, eine erneute Anfrage durchzuführen.</p> <p>Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen vorgesehen sind, hat durch den Bauausführenden rechtzeitig - mindestens 6 Wochen vor Baubeginn - eine erneute Anfrage zu erfolgen.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass sich im Plangebiet keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der/s oben genannten Anlagenbetreiber/s befinden und keine Einwände gegen das Vorhaben bestehen.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt. Sollte der Geltungsbereich bzw. die Planung erweitert oder verlagert werden oder der Arbeitsraum die dargestellten Planungsgrenzen überschreiten, wird eine erneute Anfrage gestellt.</p>																				

	<p><u>Weitere Anlagenbetreiber</u> Es ist zu beachten, dass sich im angefragten Bereich Anlagen Dritter befinden können, für die GDMcom für die Auskunft nicht zuständig ist.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass Anfragen zu Leitungsauskünften, Schachtgenehmigungen etc. an Erdgasspeicher Peissen GmbH, Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen), GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG, ONTRAS Gastransport GmbH sowie VNG Gasspeicher GmbH ab dem 01.01.2020 ausschließlich über das kostenfreie BIL-Onlineportal unter https://portal.bil-leitungsauskunft.de einzuholen sind.</p>	<p>Die Hinweise werden bei der weiteren Planung berücksichtigt.</p>
<p>18.</p>	<p>GASCADE Gastransport GmbH vom 24.11.2022 Kölnische Straße 108-112 in 34119 Kassel, Herr Rene Czech Tel.: (561) 934-1077 mail: leitungsauskunft@gascade.de Aktenzeichen: 20221124-115303</p>	
	<p>Wir antworten Ihnen zugleich auch im Namen und Auftrag der Anlagenbetreiber WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG.</p> <p>Nach Prüfung des Vorhabens im Hinblick auf eine Beeinträchtigung unserer Anlagen teilen wir Ihnen mit, dass unsere Anlagen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind. Dies schließt die Anlagen der v. g. Betreiber mit ein.</p> <p>Für externe Kompensationsmaßnahmen muss sichergestellt sein, dass diese unsere Anlagen nicht beeinträchtigen und nicht im Schutzstreifen unserer Anlagen stattfinden werden. Sollten externe Flächen zur Deckung des Kompensationsbedarfs erforderlich sein, sind uns diese ebenfalls mit entsprechenden Planunterlagen zur Stellungnahme vorzulegen. Eine Auflistung der Flurstücke in der Begründung oder im Umweltbericht ist nicht ausreichend.</p> <p>Wir bitten Sie daher, uns am weiteren Verfahren zu beteiligen.</p> <p>Es wird darauf hingewiesen, dass Anfragen zu Leitungsauskünften, Schachtgenehmigungen, TÖB- Beteiligungen etc. an die oben genannten Anlagenbetreiber ab sofort ausschließlich über das kostenfreie BIL- Onlineportal unter https://portal.bil-leitungsauskunft.de einzuholen sind.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass Anlagen der GASCADE Gastransport GmbH und der WINGAS GmbH, NEL Gastransport GmbH sowie OPAL Gastransport GmbH & Co. KG zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht betroffen sind.</p> <p>Der Hinweis wird berücksichtigt.</p>
<p>20.</p>	<p>NABU Mecklenburg-Vorpommern vom 15.12.2022 Wismarsche Str. 146 in 19053 Schwerin, Frau Leonie Nikrandt Tel.: (0385) 59389813 mail: Leonie.Nikrandt@NABU-MV.de</p>	
	<p>Der NABU befürwortet den naturverträglichen Ausbau der erneuerbaren Energien und damit auch von Photovoltaikanlagen, die einen wichtigen Teil zur Umsetzung der Energiewende beitragen. Leider steht der Fokus beim Ausbau der Solarenergie noch immer nicht auf die Bebauung von Dächern auf Gebäuden und sonstigen versiegelten Flächen. Dies ist aus Sicht des NABU dringend notwendig! Mit den Vorstößen von Minister Backhaus für die Nutzung von PV auf Ackerflächen, die Anpassung des EEG 2021 und des gemeinsamen Eckpunktepapiers von BMWK, BMUV und</p>	

<p>BMEL, geht der NABU von einem verstärkten (unkontrollierten) flächenhaften Ausbau von PV in den Gemeinden aus.</p> <p>Bei der naturschutzfachlichen Bewertung bestehen noch generell Lücken bezüglich sicherer Kenntnisse über Kurz- aber vor allem Langzeit-Auswirkungen von einzelnen PV-FFA, und die kumulative Wirkung bei mehreren Anlagestandorten. So bspw. zum Meideverhalten von Arten. Die Wissenslücke bezieht sich nicht nur auf die Betriebsphase, sondern u.a. auch auf Wartung und Rückbau der Anlagen. Nur ein fundiertes Wissen kann zu gezielteren Monitoringauflagen bzw. Ausgleichsmaßnahmen und somit auch schnelleren Genehmigungen führen. Allgemein setzt der NABU sich zudem für die Umsetzung sogenannter Nature Based Solutions (NBS) ein, also naturbasierte Lösungen um Konflikte zu lösen oder zumindest zu entschärfen.</p> <p>Der NABU hat gemeinsam mit dem Bundesverband Solarwirtschaft einen Kriterienkatalog für die naturverträgliche Errichtung von Solarparks veröffentlicht. Der Katalog umfasst Empfehlungen, um die biologische Vielfalt in und um Solarparks herum zu erhalten und ist unter folgendem Link zu finden https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/energie/solarenergie/17062_9-nabu-kriterien-solarparks.pdf</p> <p>Wir fordern zur Beachtung der dort aufgeführten Empfehlungen auf. Dort heißt es u.a. „Ein Eingriff in Schutzgebiete ist auszuschließen. Ausnahmen hiervon sind nur in Naturparksen sowie im Einzelfall in Landschaftsschutzgebieten denkbar.“ Der NABU MV legt zudem besonderen Wert auf den Schutz von tradierten Nahrungsflächen (zumeist Dauergrünland), welche von gefährdeten Arten wie dem Schwarzstorch, dem Schreiadler und den heimischen Milanen genutzt werden. Auch der Bau auf Grünland-Moorböden und Grünland in Vogelschutzgebieten wird als besonders kritisch angesehen. Ausnahmen auf Moorböden können durch eine im Zusammenhang stehende Wiedervernässung gegeben sein. Ein detailliertes Positionspapier des NABU Bundesverbandes in Zusammenarbeit mit den Landesverbänden zu Solaranlagen könne Sie hier finden: https://www.nabu.de/presse/pressemitteilungen/index.php?popup=true&show=34062&db=presseservice</p> <p>Kernforderungen des NABU sind</p> <ul style="list-style-type: none"> - Förderpriorität auf Dachflächen - Naturverträgliche Standortwahl - Nutzung von Synergiepotenzialen - Ökologische Gestaltung - Erarbeitung eines bundesweiten modularen Monitoringkonzepts - Einsatz von regionalem Wildpflanzen-Saatgut - Vertiefte Forschung, bspw. zu PV und Wiedervernässung auf degradierten Moorstandorten. <p>Flächen die verbindlich frei von Solarparks gehalten werden müssen sind aus Sicht des NABU:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Naturschutzgebiete, Nationalparks, Kern- und Pflegezonen von Biosphärenreservaten (BSR), geschützte Landschaftsbestandteile, Naturdenkmäler, Feuchtgebiete internationaler Bedeutung (Ramsar- Gebiete) - Bewaldete Bereiche nach dem Bundeswaldgesetz, Landes-, bundes- oder europaweit bedeutsame Brut-, Nahrungs- und Rastflächen von Wiesenlimikolen und anderer Wat- und Wasservogelarten, Gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 	<p>Die Empfehlungen wurden bei der Planung berücksichtigt. Das Plangebiet liegt außerhalb von Schutzgebieten und nicht auf tradierten Nahrungsflächen von gefährdeten Arten wie dem Schwarzstorch, dem Schreiadler und den heimischen Milanen. Es erfolgt hier auch keine Planung auf Grünland-Moorböden und Grünland in Vogelschutzgebieten oder auf Moorböden.</p> <p>Die Realisierung des Vorhabens FF-PVA Rodenwalde in der Schutzzone II des Wasserschutzgebietes Rodenwalde birgt eine Reihe positiver Aspekte für den ökologischen Schutz der Fläche selbst. So verhindert die Einzäunung der Photovoltaikanlage beispielsweise auch das Eindringen unbefugter Personen und kann damit auch mögliche Kontaminationen des (Wasserschutz-)Gebietes verringern. Auch für das innerhalb des (eingezäunten) Vorhabengebiets befindliche Biotop wird auf diese Weise ein geschützter Lebensraum geschaffen. Gleichzeitig soll die Einzäunung der Anlage über einen angemessenen Bodenabstand verfügen, sodass für Kleinsäuger und Amphibien keine Barrierewirkung entsteht.</p> <p>Gegenwärtig hat sich in dem Vorhabengebiet eine artenarme Gras- und Staudenflur entwickelt. Die östliche Fläche wird fast ausschließlich durch den Aufwuchs von Beifuß dominiert. Auf der westlichen Fläche sind neben Beifuß und diversen Gräserarten auch Ampfer, Vogelwicke und Sonnenblumen charakteristisch. Nach der Errichtung der FF-PVA soll eine Wildblumenwiese mit einer einheimischen Saatgutmischung angelegt werden, welche regelmäßig erneuert bzw. aufgestockt werden soll, sodass ein artenreicherer Lebensraum als dem gegenwärtigen entsteht und dieser langfristig beibehalten wird. Neben den anzusiedelnden Bienenvölkern wird die Fläche auf diese Weise einen geschützten Lebensraum für zahlreiche weitere Tiere und Insekten darstellen.</p> <p>Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass sich die durch die PV-Module verursachte Verschattung die Verdunstung von Oberflächenwasser vermindert und sich daher</p>
--	--

<p>Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG), unter anderem Streuobstwiesen oder wertvolle Trockenrasen-Habitats</p> <ul style="list-style-type: none"> - FFH-Gebiete (FFH-Lebensraumtypen): Die Flächenbeanspruchung von Solarparks stehen dem Erhalt, der Verbesserung und Wiederherstellung von Lebensraumtypen und oft sehr kleinteiligen Habitats der Anhangs- Arten der FFH-RL entgegen. - Ökologisch hochwertige Flächen ohne Schutzstatus, aber mit stark gefährdeten Artvorkommen, z. B. Gebiete mit seltener Ackerwildkraut- Flora, etwa in den sogenannten landwirtschaftlich benachteiligten Gebieten - Schutzgebiete aller Kategorien, die auf das 30-Prozent-Ziel der EU-Biodiversitätsstrategie angerechnet werden - Floating Photovoltaik (FPV) auf natürlichen Gewässern ist auszuschließen. <p>Der Vorstand des NABU M-V hat zusätzlich im Mai 2022 beschlossen, dass die Errichtung von Freiflächen-PV-Anlagen auf mineralischem Grünland und auf naturnahen Moorböden in MV abgelehnt wird. Grund dafür ist die Seltenheit von Grünland auf Mineralböden in M-V sowie der hohe Klima- und Naturschutzwert von (naturnahen) Mooren. Auf entwässerten Moorböden können diese Anlagen aus Sicht des NABU M-V möglicherweise toleriert werden, wenn die Genehmigungen zugleich die Wiedervernässung des Torfkörpers und Torferhalt und die Möglichkeit der Nutzung natürlich aufwachsender Biomasse festlegen.</p> <p>Zum vorliegenden Fall führt der NABU M-V weiter aus: In der Planfläche liegt ein gesetzlich geschütztes Biotop (Soll). Dies ist von der Planung auszunehmen. Der NABU bevorzugt zudem in der Regel eine ortsnahe Kompensation. Hier bietet es sich an eine Zustandsbewertung des Solls durchzuführen, ggf. aufzuwerten und für die heimische Fauna, auch größeren Tieren, zugänglich zu halten.</p> <p>Eine Umrandung der Anlage mit breiten Grünstreifen mit mittel- bis hochwüchsigen Staudensäume oder naturnah gestaltete Hecken sind weitere Elemente, die zu einer ökologischen Aufwertung führen und sind abzuwägen. Dies kann möglicherweise auch in Verbindung mit dem einzuhalten Abstand zum Wald umgesetzt werden. In der zugesendeten Planlegende steht zur Erklärung zum SO PV fälschlicherweise noch „Zweckbestimmung Windkraftnutzung“.</p>	<p>weitere positive Auswirkungen auf den Bodenwasserhaushalt erzielen lassen.</p> <p>Das gesetzlich geschützte Biotop wird in der Planung als solches beachtet und von Bebauung freigehalten. Dies gilt auch für die unter Schutz stehende Baumreihe entlang der Straße.</p> <p>Der Hinweis wird geprüft und zumindest teilweise bei der weiteren Planung berücksichtigt. So soll am nördlichen Rand des Geltungsbereiches des vorhabenbezogenen Bebauungsplans der Bereich des Waldabstandes in einer Breite von 30 m Ackerflächen durch spontane Begründung oder Initialsaat mit regionaltypischem Saatgut in Grünland mit einer dauerhaften naturschutzgerechten Nutzung als Mähwiese umgewandelt werden.</p> <p>Die Umwandlung in Extensives Grünland schafft einen naturnahen Waldübergang ins Offenland und bindet auch das bislang isoliert im Ackerfeldblock gelegene Feldgehölz in die Landschaft ein. Zudem erhöht sich gemeinsam mit der Begründung der überschilderten und Modulzwischenflächen die Habitatvielfalt, besonders für Insekten sowie Vögel auf der Fläche. Weiterhin dient der Mähwiesenstreifen als Leitstruktur zwischen Wald und Offenland.</p>
--	---

22.	Landesanglerverband Mecklenburg-Vorpommern e.V. vom 20.12.2022 OT Görslow, Siedlung 18 a-19067 Leezen, Herr Dr. Kilian Neubert Tel.: (03860) 56030 E-Mail: info@lav-mv.de Ne/Vo	
	<p>Satzungsgemäßes Ziel des Landesanglerverbandes Mecklenburg-Vorpommern e.V. ist der Umwelt-, Natur- und Artenschutz mit besonderem Augenmerk auf die aquatischen Ökosysteme des Landes. Im Rahmen der geplanten Maßnahme können Umweltauswirkungen nicht ausgeschlossen werden. Folgerichtig begrüßen wir die Durchführung einer entsprechenden Umweltprüfung.</p> <p>Grundsätzlich halten wir den vorgelegten Untersuchungsrahmen sowie den Aufbau der Untersuchung für angemessen. Nach der gutachterlichen Bewertung sollte eine Übersicht der umweltrelevanten Auswirkungen der Maßnahme vorliegen.</p> <p>Im Rahmen des nachfolgenden Beteiligungsverfahrens werden wir uns zur resultierenden Planung sowie den definierten Vermeidungs-, Minderungs- und Kompensationsmaßnahmen äußern.</p>	<p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass der vorgelegte Untersuchungsrahmen sowie der Aufbau der Untersuchung für angemessen erachtet wird.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
22.	BUND Landesverband M-V e.V. BUND-Regionalgruppe Schaalsee-Elbe vom 19.12.2022 Kapellenweg 3 23883 Grambek, Herr Dr. Heinz Klöser Tel.: (04542) 3345 mail: nugrade@gmx.net Zeichen Nr. 469-22	
	<p>Es wird mitgeteilt, dass der BUND den Planungen kritisch gegenüber steht.</p> <p>Grundsätzlich schränken Solarparks die Photosynthese der Pflanzen ein, die zurzeit die einzige risikofreie Möglichkeit bietet, Kohlendioxid aus der Atmosphäre zu entfernen, was nach Aussagen des IPCC (Weltklimarat) unverzichtbar geworden ist. Das Ausmaß dieser Einschränkung durch Verschattung ist abhängig von der Bauart der Anlagen, doch kann als Richtwert ein Anteil von 20-25% Minderung der Solareinstrahlung und entsprechender Reduktion der Photosynthese geltend gemacht werden. Das ist keineswegs ein zu vernachlässigender Anteil. Dementsprechend stehen Solaranlagen auf Freiflächen im Konflikt mit den naturbasierten Lösungsansätzen im Klimaschutz, die derzeit vorrangig in der Diskussion stehen.</p> <p>Demgegenüber lassen sich die durch Solarparks erreichbaren Einsparungen fossiler Energienutzung ebenso auf bereits versiegelten Flächen wie Hausdächern, Parkplätzen, Industriegelände o. Ä. gewinnen, die im Gebiet von Stadt und Amt Zarrentin ausreichend zur Verfügung stehen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir Solarparks auf der grünen Wiese grundsätzlich ab.</p> <p>Hinzu kommt, dass Mecklenburg-Vorpommern bereits eine 100%ige Deckung mit erneuerbaren Energien besitzt, so dass der Bedarf weiterer Planungen fragwürdig erscheint, insbesondere, wenn sie sich wie im vorliegenden Fall nicht einmal im Rahmen des Landesraumentwicklungsprogramms 2016 bewegen (wie im Planungstext festgestellt wird).</p> <p>Die im Planungstext nur ungefähr umrissene Fläche des Vorhabens greift in eine bisher intakte und unverbauten Landschaft ein, die bereits in ihrer Eigenschaft als freie Fläche und in ihrer Ästhetik erhaltenswert ist. Zumindest teilweise wird für den Bebauungsplan Ackerland in Anspruch</p>	<p>Aus der Sicht der Gemeinde und der Vorhabenträgerin birgt die Realisierung des Vorhabens FF-PVA Rodenwalde in der Schutzzone II des Wasserschutzgebietes Rodenwalde eine Reihe positiver Aspekte für den ökologischen Schutz der Fläche selbst. So verhindert die Einzäunung der Photovoltaikanlage beispielsweise auch das Eindringen unbefugter Personen und kann damit auch mögliche Kontaminationen des (Wasserschutz-)Gebietes verringern. Auch für das innerhalb des (eingezäunten) Vorhabengebietes befindliche Biotop wird auf diese Weise ein geschützter Lebensraum geschaffen. Gleichzeitig soll die Einzäunung der Anlage über einen angemessenen Bodenabstand verfügen, sodass für Kleinsäuger und Amphibien keine Barrierewirkung entsteht.</p> <p>Gegenwärtig hat sich in dem Vorhabengebiet eine artenarme Gras- und Staudenflur entwickelt. Die östliche Fläche wird fast ausschließlich durch den Aufwuchs von Beifuß dominiert. Auf der westlichen Fläche sind neben Beifuß und diversen Gräserarten auch Ampfer, Vogelwicke und Sonnenblumen charakteristisch. Nach der Errichtung der FF-PVA soll eine Wildblumenwiese mit einer einheimischen Saatgutmischung angelegt werden, welche regelmäßig erneuert bzw. aufgestockt werden soll, sodass ein artenreicherer Lebensraum als dem gegenwärtigen entsteht und dieser langfristig beibehalten wird. Neben den anzusiedelnden Bienenvölkern wird die Fläche auf diese Weise einen geschützten Lebensraum für zahlreiche weitere Tiere und Insekten darstellen.</p>

<p>genommen, das nicht zu ersetzen ist und aufgrund der derzeitigen politischen Lage eine ganz neue Bedeutung gewonnen hat.</p> <p>Hinzu kommt, dass durch die großräumige Umzäunung der geplanten Anlage Wanderbewegungen von mittleren und großen Tierarten erheblich eingeschränkt werden und so der Verinselung und dem Verlust verbliebener Lebensräume Vorschub geleistet wird. Dies ließe sich vermeiden, wenn - wie oben bereits ausgeführt - Solaranlagen auf versiegelte Flächen platziert würden statt in die (noch) freie Landschaft.</p> <p>Wir behalten uns weiteren Vortrag im Zuge weiterer Planungsschritte vor.</p>	<p>Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass sich die durch die PV-Module verursachte Verschattung die Verdunstung von Oberflächenwasser vermindert und sich daher weitere positive Auswirkungen auf den Bodenwasserhaushalt erzielen lassen.</p> <p>In Bezug auf raumordnerische Belange liegt ein positiver Bescheid zum Zielabweichungsverfahren (ZAV) vom 10.07.2023 vor. Die Zulassung der Zielabweichung erfolgt u.a. unter folgender Maßgabe: „Durch Abschluss eines städtebaulichen Vertrages gemäß § 11 BauGB zwischen der Gemeinde Vellahn und dem Vorhabenträger ist der Rückbau der Freiflächenphotovoltaikanlage nach Ablauf des im Bebauungsplan festgesetzten Zeitraums sicherzustellen. Die Finanzierung eines landschaftsgerechten Rückbaus der Anlage nach Beendigung des Betriebes ist in geeigneter Form abzusichern.“</p> <p>Die Entscheidung wurde auf der Grundlage von § 6 II 1 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. § 5 VI Landesplanungsgesetz M-V getroffen. Danach kann eine Abweichung von den Zielen der Raumordnung zugelassen werden, wenn sie unter raumordnerischen Gesichtspunkten vertretbar ist und die Grundzüge der Planung nicht berührt werden. Beide Voraussetzungen wurden hier seitens der obersten Landesplanungsbehörde anerkannt.</p> <p>Der Hinweis zum Entzug landwirtschaftlicher Flächen wurde berücksichtigt. Trotz der theoretisch guten Bodenqualität ist eine landwirtschaftliche Nutzung aufgrund der Lage innerhalb der engeren Schutzzone (Wasserschutzzone II) des Wasserfassungsgebietes Rodenwalde nur sehr eingeschränkt möglich und eine ernährungswirtschaftliche Nutzung kaum rentabel umsetzbar. So sind dort beispielsweise nicht nur die Anwendung diverser Düngemittel verboten, sondern auch alternativ denkbare landwirtschaftliche Nutzungsformen der Flächen wie die Freilandtierhaltung, die Beweidung oder auch die Neuanlage oder Erweiterung von Baumschulen und forstlichen Pflanzgärten sowie der Hopfen-, Gemüse-, Obst- und Zierpflanzenanbau.</p> <p>Dass Ackerböden von hoher Bodenqualität für die Verwendung von Freiflächen-Photovoltaik ausgeschlossen sein sollten, liegt vor allem darin begründet, dass ausreichend Flächen für eine landwirtschaftliche – im Sinne einer ernährungswirtschaftlichen – Nutzung zu Verfügung stehen müssen. Aufgrund der vorliegend jedoch per se eingeschränkten Möglichkeit der landwirtschaftlichen Nutzung, sieht die Gemeinde Vellahn hier keine erhebliche Beeinträchtigung landwirtschaftlicher Belange.</p> <p>Die Nutzung für die PV-Freiflächenanlage ist zudem temporär. Nach Ablauf der Nutzung erfolgt ein vollständiger Rückbau der Anlage und die Flächen stehen einer landwirtschaftlichen Nutzung wieder zur Verfügung.</p>
---	---

26.	Gemeinde Kogel vom 10.11.2022	
	Die Gemeinde hat keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinde keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken hat.
27.	Gemeinde Gallin vom 10.11.2022	
	Die Gemeinde hat keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Gemeinde keine Hinweise, Anregungen oder Bedenken hat.
29.	Stadt Lübtheen, Die Bürgermeisterin vom 24.11.2022 Salzstraße 17 in 19249 Lübtheen	
	Es bestehen von Seiten der Stadt Lübtheen weder Einwände noch Bedenken gegen dieses Bauvorhaben.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Stadt Lübtheen keine Einwände oder Bedenken gegen das Vorhaben hat.